

Jahrzehntelang fühlten sich Bayern und Baden-Württemberg als Erfolgsmodelle in Deutschland. Doch nun scheint dies Selbstbewusstsein verloren zu gehen

Muss der Süden nachholen?

Von Gerd Held

In der Wahl von Fritz Kuhn zum Stuttgarter Oberbürgermeister muss man nicht gleich eine historische Wachablösung sehen. Doch einen Autoritätsverfall der CDU gibt es in Baden-Württemberg tatsächlich, wobei die Nicht-Wähler erheblich mehr zunehmen als die Grün-Wähler. Und auch im Nachbarland Bayern gibt es Erosionserscheinungen wie den Aufstieg der freien Wählergruppen oder die (Selbst-)Demontage wichtiger Führungspersonen der CSU. Zwar kann die Partei inzwischen wieder gute Umfragewerte vorweisen, aber die alte Selbstsicherheit ist nicht zurückgekehrt. Der Süden der Bundesrepublik, der über Jahrzehnte unbeirrt seinen Weg ging, scheint von einer merkwürdigen Unruhe ergriffen. Es gibt ein Liebäugeln mit etwas „ganz Anderen“, jenseits der bisherigen Bindungen. Das beschränkt sich nicht auf die Parteipolitik, die Unsicherheit reicht weiter. Sie ist in der Gesellschaft spürbar, bei den Menschen.

Was geschieht hier? Aus anderen Teilen unserer Republik kann man oft die Meinung hören, im Süden habe es bisher eine besonders „autoritäre“ und mithin veraltete Regierungsweise gegeben, verlängert durch besonders „engstirnige“ Bindungen an Familie, Heimat und Kirche. Die Auflösungserscheinungen seien daher als Modernisierung zu verstehen und zu begrüßen. Aber das süddeutsche Modell war in seiner Grundanlage großzügiger und moderner als manche Region im postpreußischen Norden. Es ruhte auf zwei unabhängigen Polen, die in sich stark und selbstbewusst waren: Einem ordnungspolitisch kraftvollen Staat mit klarer Kante stand hier schon früh eine sehr selbstbewusste Zivilgesellschaft gegenüber. Dieser „doppelte Eigensinn“ von Staat und Gesellschaft führte dazu, dass Baden-

Württemberg und Bayern im Vergleich mit den nördlichen Bundesländern stärker inengeleitet waren. Im deutschen Föderalismus standen sie in besonderer Weise für Eigenverantwortung – auch schon zu Zeiten, als man beim Wohlstand noch nachhinkte. Dies kräftig schlagende Doppelherz von Staat und Gesellschaft war also kein Zeichen von biederem Gehorsam, sondern von innerer, mündiger und durchaus gutge-launter Bindungsstärke.

Dies Herz des Südens scheint nun angegriffen. Die Menschen machen die Erfahrung, dass eigene Wirtschaftsleistungen durch äußere (Weltmarkt-)Umstände beeinträchtigt werden. In den Lebensformen - Familie, Bildungsgang, Wohnort - ist Kontinuität nicht mehr selbstverständlich. Und auch der Staat ist mehr mit Ausnahmen als mit der Regel beschäftigt. Lohnt sich da noch ein beharrlicher Eigensinn? Ist innere Bindungsstärke nicht inzwischen hinderlich – besonders, wenn es einen leichteren Zugang zum guten Leben zu geben scheint, indem man einfach im Strom mit-schwemmt? Wozu feste Leistungskriterien an den Schulen? Wozu teure Bahnhofsbauten? Im Selbstzweifel des Südens spielt auch ein gewisser Leichtsinns mit.

Nun ist eine Phase des Selbstzweifels kein Beinbruch. Doch Vorsicht ist geboten, wo diese Lage zur Durchsetzung einer grundlegenden Wende genutzt werden soll. Die Wahlkämpfe im Süden werden neuerdings von einer Fundamentalbotschaft begleitet. Aus den grünen Stimmengewinnen soll ein „neues Bürgertum“ sprechen, ist zu hören. Eine rot-grüne Mehrheit soll Konsequenz eines „großstädtischen Lebensstils“ sein. Wer anders wählt, ist wohl irgendwie aus der Zeit gefallen. Dem Süden unserer Republik wird auf diese Weise mitgeteilt, dass er rückständig ist und

nachholen muss. Ja, die Botschaft, mit der die SPD und Grüne die süddeutschen Länder erobern wollen – und der CDU und CSU immer häufiger zu folgen geneigt sind – ist eine Botschaft des Nachholens. Die Rezepte gehen dabei nicht über das hinaus, was in anderen Bundesländern schon längere Zeit eingesetzt wird: Gemeinschaftsschulen, Umweltprojekte, Bürgerbeteiligung, höhere Staatsausgaben. Solche Modernisierungen kann man auch in Nordrhein-Westfalen oder Berlin bewundern. Ein originäres Modell für den Süden ist das nicht. Überraschendes bietet der Politikwechsel in Baden-Württemberg nicht. Der präsidiale Stil von Winfried Kretschmann erinnert an Johannes Rau's Problemverwaltung in Nordrhein-Westfalen – die bodenständige Folklore eingeschlossen. Ein eigenes Süd-Grün gibt es nicht. So läuft die Wende darauf hinaus, dem Süden den Anschluss an jene Modernisierung zu verschreiben, die im Norden der Republik schon längere Zeit läuft. Dort ist die neue Zukunft schon zu besichtigen, die man jetzt Baden-Württemberg und Bayern nahelegen will.

Die Bilanz dieser Zukunft fällt ernüchternd aus. Bei einem Entwicklungsvergleich der deutschen Bundesländer kann „der Norden“ nicht wirklich überzeugen. Nicht, dass die Ergebnisse katastrophal wären. Es läuft nicht alles falsch unter rot-grüner Ägide. Doch gibt es bei Zahlen in Wirtschaft oder Bildung nichts, dass auf einen wirklichen Aufbruch hindeutet. Die Fortschritte sind eher zäh, bei hohem Mitteleinsatz. Das Land NRW, bis vor kurzem Geberland im Länderfinanzausgleich, ist inzwischen zum Nehmerland geworden. Und warum sollte eine Großstadt wie

Nürnberg sich nach den Berliner Schulformen sehnen, wenn man beim Schulvergleich nach wie vor viel besser abschneidet. Es geht nicht nur um Zahlen. Die Kombination von innerer Bindungslockerung und äußerer Einbindungsverstärkung, die im sozial-protestantischen Deutschland gepflegt wird, nimmt für sich in Anspruch, dass sie die Menschen besser motiviert. Doch gibt es hier inzwischen eine Ernüchterung. In Stadtteilen oder Schulen, in denen die fürsorgliche Begleitung und das Mitrede-Angebot besonders stark waren, ist Erschöpfung spürbar – gerade bei den Verantwortlichen, die anfangs mit viel Herzblut dabei waren. Eine nachhaltige Aktivierung ist nur selten gelungen. Kein neues Bürgertum ist in Sicht. Die heute „großstädtisch“ genannten Milieus sind viel stärker subventioniert, betreut und staatlich „eingebunden“, als es der herkömmliche bayrische oder baden-württembergische Bürgersinn je war.

Im Deutschland unserer Gegenwart gibt es eine merkwürdige Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Der Süden hadert mit seinem Erfolgsmodell und liebäugelt mit politischen Lösungen des Nordens. Aber dort sind diese Lösungen schon längst fragwürdig geworden. Hinter der Fassade des modernisierenden Anspruchs macht sich im Alltag schon Resignation breit. Die Menschen im Süden sollten also genau prüfen, was ihnen da großzügig als Nachhilfe angeboten wird. Bietet es wirklich eine Antwort auf die irritierenden Erfahrungen, die sie in diesen unruhigen Zeiten in Bildungsgängen, Berufsleben und Familie machen? Die Nachhol-Bewegung könnte sich als Geisterfahrt erweisen, auch für CDU und CSU.

(Manuskript vom 2.11.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT unter der Überschrift „Auf Geisterfahrt“ am 7.11.2012)

